



Global Compact
Netzwerk Deutschland

EXPERT PAPERS

Verteilungs- gerechtigkeit

Wie gestalten wir Arbeit inklusiv,
sinnhaft und wettbewerbsfähig?





Impressum

Herausgeber:

Geschäftsstelle Deutsches Global Compact Netzwerk (DGCN)
c/o Deutsche Gesellschaft für Internationale
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Reichpietschufer 20
D-10785 Berlin

Konzeption, Redaktion, Gestaltung und Satz:

macondo publishing GmbH
Dahlweg 87
D – 48153 Münster
macondo.de

Redaktionelle Mitarbeit:

Dr. Elmer Lenzen, Gesa Weber, Julia Arendt, Milena Knoop,
Marion Lenzen, Thomas Wischniewski (freier Journalist,
mail@thomas-wischniewski.de)

Im Folgenden wird aus Gründen der sprachlichen Vereinfachung nur die männliche Form verwendet. Es sind jedoch stets Personen männlichen und weiblichen Geschlechts gleichermaßen gemeint.

Papier: 100 % Recyclingpapier, FSC-zertifiziert

Titelfoto: Delphotostock/stock.adobe.com

© Deutsches Global Compact Netzwerk, April 2018

Im Auftrag des

Die „Expert Papers“ dienen ausschließlich der Vorbereitung und Vertiefung in die Thematik und sollen Argumente und Standpunkte zur Diskussion liefern. Die darin geäußerten Ansichten sind nicht Ausdruck einer Stellungnahme seitens des Deutschen Global Compact Netzwerkes.



Executive Summary

Geschlechter- und Verteilungsgerechtigkeit, nachhaltige Städte mit bezahlbarem Wohnraum und gesunder Mobilität sowie die Sicherstellung nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster – das sind nur einige der großen Herausforderungen und Anforderungen an die Politik. Doch bei den Themen Armut und Verteilungsgerechtigkeit ist die Ausgangslage hierzulande kritisch: In Deutschland war 2016 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes jede fünfte Person (19,7 Prozent) von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. EU-weit sind es 23,5 Prozent.

Wie konnte die Schere zwischen arm und reich so weit aufgehen?

Das Grundlagenbuch der Wirtschaftswissenschaften von Adam Smith heißt „The Wealth of Nations“ und nicht „The Wealth of Shareholders“. Deshalb müssen sich alle Sozialpartner intensiv darüber austauschen, wie mehr Verteilungsgerechtigkeit erreicht werden kann. Nach Ansicht des renommierten deutschen Wirtschaftsethikers Prof. Dr. Josef Wieland gehe es in der globalen Welt „nicht allein um Verteilungsgerechtigkeit, sondern in erster Linie um Chancengerechtigkeit und Fairness der Entwicklung“. Der Global Compact spricht an dieser Stelle von „Business is a force for Good“.

Neben der aktiven Rolle, die Unternehmen daher bei einer gerechten Ausgestaltung von Globalisierung spielen können, fällt der Politik die gerechtere Verteilung der Erträge zu. Nicht erst seit der jüngsten Diskussion um die „Tafeln“ weisen Sozialverbände auf die Dringlichkeit der Armutsbekämpfung in Deutschland hin. Die Zahl von armutsbetroffenen Menschen nimmt nämlich immer weiter zu. Viele Bürger müssen neben staatlichen Hilfsleistungen die unmittelbare Unterstützung von Ehrenamtsorganisationen wie den Tafeln in Anspruch nehmen.

Mehr dazu ab S. 4

Ungerechte Einkommensverteilung gefährdet die Demokratie

Daher warnt der international bekannte französische Wirtschaftswissenschaftler Thomas Piketty: „Zwischen Nichts-Tun und einer globalen Vermögenssteuer gibt es einen sehr großen Spielraum. Einiges kann schon auf nationaler Ebene getan werden und noch mehr auf europäischer Ebene. Wir können etwa die Transparenz über Vermögenswerte verbessern. Wir könnten einen automatischen Informationsaustausch vereinbaren, damit jedes Land weiß, was jeder Steuerzahler in einem anderen Land auf dem Bankkonto hat. Das würde uns ermöglichen, unsere Finanz- und Steuerpolitik besser zu koordinieren.“

Mehr dazu auf S. 9

Niemand zahlt gern Steuern.

Ein zentrales Element der Finanzierung von gesellschaftlichem Zusammenhalt ist die Steuermoral. Um die steht es nicht erst seit dem Bekanntwerden der Schweizer Steuer-CDs nicht zum Besten. Der renommierte österreichische Psychologe und Universitäts-Professor Erich Kirchler erinnert uns: „Häufig wird die Abgabenbelastung durch Steuern als hoch empfunden. Vor allem der subjektive Vergleich zwischen eigenen Abgaben und den eigenen Vorteilen durch öffentliche Güter fällt häufig negativ aus. Über Medien erfahren wir über die Verschwendung öffentlicher Gelder, was den Unmut, Steuern zu zahlen, verstärkt. Der Eindruck von Korruption und Verschwendung führt zur Annahme, dass die öffentliche Hand die Abgaben wesentlich effizienter zum Wohle aller investieren könnte als sie es tut.“

Mehr dazu ab S. 10

Führen solche Diskussionen nicht in eine reine Neiddebatte?

Dr. Stefan Bach vom DIW beleuchtet in seinem Beitrag die Bedeutung von Fiskalpolitik und dass hier ein ehrlicher Diskurs in der Gesellschaft viel mehr die Demokratie festigt als ein Vermeiden von Diskussionen: „Niemand hat etwas gegen einen Selfmade-Milliardär, der ein gutes Produkt entwickelt hat, das die Leute haben wollen, oder einen Spitzenfußballer mit Millioneneinkommen. Die Monsterlöhne der angestellten Manager, die ja keine unternehmerischen Risiken übernehmen und sich gerne einen schlanken Fuß machen, wenn etwas schief geht, sind da schon zwiespältiger. Und wie ist es mit Vermögen, die aus eher fragwürdigen Geschäften oder durch Monopolmacht erworben wurden?“

Mehr dazu ab S. 12

Bedingungsloses Grundeinkommen

Welche Optionen gibt es also beim Thema Verteilungsgerechtigkeit? Immer wieder wird hierbei das sogenannte „bedingungslose Grundeinkommen“ in die Diskussion eingebracht. Am bedingungslosen Grundeinkommen scheiden sich die Geister. Befürworter glauben, dass es Arbeitnehmer motiviert und ihnen neue Freiheiten ermöglicht. Für die anderen ist es eine utopische Idee, die viel kostet und Menschen von der Arbeit abhält. Mehrere Projekte weltweit setzen die Idee um und ziehen erste Bilanzen. Vier Beispiele geben hier Aufschluss und Argumente für die Diskussion. Sie stammen aus so unterschiedlichen Ländern wie Kenia, der Schweiz, Finnland und Deutschland.

Mehr dazu auf S. 14



Ungleichheit bei Vermögen und Einkommen: Wie sieht sie aus – (wie) lässt sie sich lindern?

Einkommenskluft zwischen den Geschlechtern

Frauen sind von ungleichen Einkommen besonders betroffen. Weltweit verdienen sie nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation im Schnitt 23 Prozent weniger als Männer, in Deutschland waren es 2016 laut Statistischem Bundesamt 21 Prozent. Bis zur wirtschaftlichen Gleichberechtigung beider Geschlechter wird es bei gleichbleibenden Bedingungen laut World Economic Forum noch 217 Jahre dauern.

Die Globalisierung der letzten Jahrzehnte hat in vielen Ländern zu stetigem Wirtschaftswachstum, verbesserten Lebensbedingungen und Erfolgen in der Armutsbekämpfung geführt. Als führende exportorientierte Industrienation hat Deutschland profitiert: Wirtschaft und Aktienmärkte boomen, die Arbeitslosigkeit ist niedrig, Handelsbilanz und Steueraufkommen weisen Überschüsse auf.

Dennoch sorgt die Verteilung der Globalisierungsgewinne in Deutschland und vielen weiteren Ländern für Unmut. Sie scheint aus dem Lot geraten, wenn das reichste Prozent der Weltbevölkerung heute mehr Vermögen besitzt als der gesamte Rest, und diesem oberen Ein-Prozent etwa in 2017 82 Prozent des weltweit erwirtschafteten Vermögens zugutekamen, wie die internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation Oxfam angibt.

Keine eindeutigen Befunde

Unter Gerechtigkeitsaspekten ist das ein düsterer Befund. Zum ganzen Bild gehören indes auch positive Entwicklungen: Laut Weltbank hat die Ungleichheit – zumindest bei den Einkommen – seit 1990 global gesehen abgenommen. Grund sei das Einkommenswachstum in Lateinamerika und den bevölkerungsreichen asiatischen Ländern, das stärker zulegte als in den reichsten Ländern der Welt. Abseits dieses Trends verzeichnet die multinationale Entwicklungsbank „echte Sorgen über den Einkommensanteil, den Top-Verdiener kontrollieren“.

Die Autoren des Ende 2017 erschienenen „Berichts zur weltweiten Ungleichheit 2018“ kommen zu einem anderen Ergebnis. Ihrer Analyse zufolge hat die Einkommensungleichheit in den letzten Jahrzehnten in fast allen Ländern zugenommen, in Europa allerdings moderater als etwa in den USA. Betrug der Anteil des obersten Prozents der Einkommensbezieher am Gesamteinkommen 1980 in beiden Regionen knapp 10 Prozent, so stieg er bis 2016 in Westeuropa leicht auf 12 Prozent – während er in den USA auf 20 Prozent emporschoß.

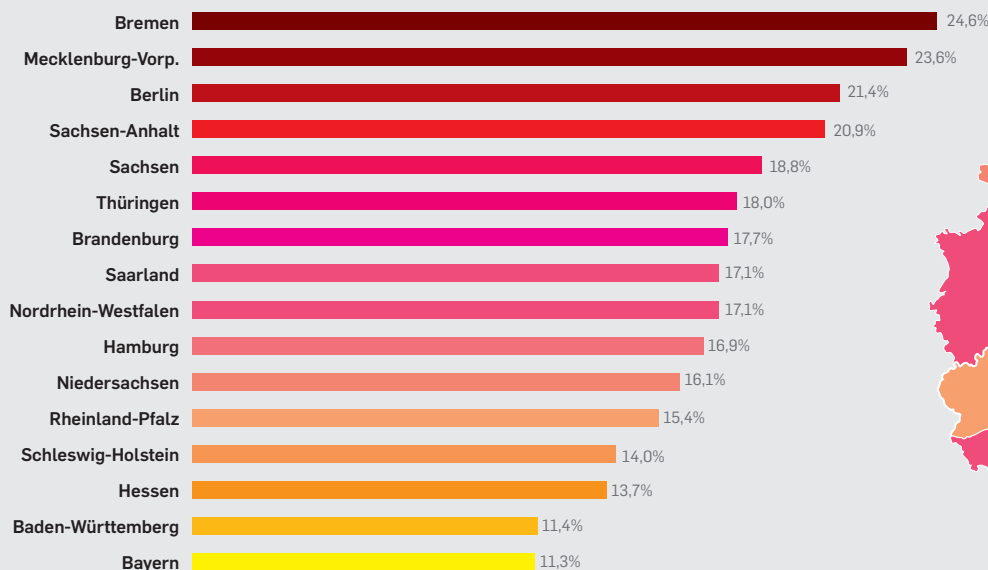
Zunehmende Spreizung der Einkommen in Deutschland

Und wie sieht es in Deutschland aus? Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) driften die Einkommen hierzulande seit der Wiedervereinigung spürbar auseinander: Die zehn Prozent mit dem höchsten Einkommen erwirtschaften demnach heute fast genauso viel wie die mittleren 40 Prozent. Ihr Anteil am Volkseinkommen stieg von 32 Prozent im Jahr 1995 auf 40 Prozent im Jahr 2013. Dagegen sank der Einkommensanteil der unteren 50 Prozent im selben Zeitraum von 26 Prozent auf knapp 17 Prozent. Sprich: Gutverdiener verdienen heute mehr, Normal- und Geringverdiener weniger.

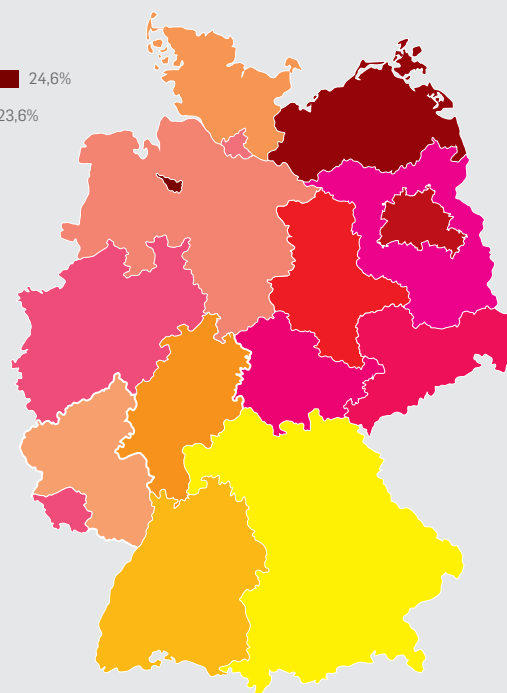
Ein Prozent erwirtschaftet 13 Prozent des Volkseinkommens

Noch deutlicher zeigt sich diese Entwicklung laut DIW bei Betrachtung des obersten Ein-Prozent, dem vor allem Unternehmerinnen und Unternehmer angehören. Der von ihnen erwirtschaftete Anteil am Volkseinkommen stieg im gleichen

Armutsquoten in den Bundesländern 2013



Quelle: Der Paritätische Wohlfahrtsverband



Zeitraum von acht auf 13 Prozent. Rechne man die einbehaltenen Gewinne der Unternehmen dazu, (die sie laut DIW seit Anfang des Jahrtausends zunehmend im Unternehmen behalten statt sie auszuschütten), wäre der Einkommensanteil des obersten Ein-Prozents noch höher.

Riesige Kluft auch bei Vermögen

Reich und Arm scheiden sich weltweit nicht nur am Einkommen, sondern auch am Vermögen. Beide Aspekte sind miteinander verwoben: So kann Einkommen in Vermögen umgewandelt werden, wird es nicht konsumiert, und zusätzliches Einkommen generieren, etwa wenn Investitionen Rendite erzielen. Wer kein Geld hat, dem bleibt dieser Weg versperrt.

Globales Durchschnittsvermögen auf Rekordhoch

Das weltweite Gesamtvermögen beträgt heute 280 Billionen US-Dollar und ist damit um 27 Prozent höher als beim Ausbruch der Finanzkrise 2008, so das Credit Suisse Research Institute (CSRI) in seinem Ende 2017 veröffentlichten Global Wealth Report. Weil zudem das Vermögen weltweit stärker gewachsen ist als die Bevölkerung, erreichte das globale Durchschnittsvermögen mit 56.540 US-Dollar pro Erwachsenen ein neues Rekordhoch.

Unangefochten an der Spitze: die USA. Mit einem Plus von fast 9 Billionen US-Dollar wurde dort über die Hälfte des zwischen Mitte 2016 und Mitte 2017 weltweit generierten Vermögenszuwachses in Höhe von 16,7 Billionen US-Dollar verzeichnet. In Europa schafften es Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien in die Gruppe der zehn Länder mit den größten Zuwächsen in absoluten Zahlen. Die Zahl der Millionäre erhöhte sich hierzulande um 237.000 auf 1.722.000.

Gruppe der Superreichen wächst zweistellig

Weltweit zählen 148.200 Menschen zur Gruppe der sogenannten „Ultra-high net worth individuals“. Sie verfügen über ein Nettovermögen von 50 Millionen US-Dollar oder mehr. 51 Prozent von ihnen leben in den USA. In Deutschland

Armut in Deutschland: die Zahlen

In Deutschland war 2016 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes jede fünfte Person (19,7 Prozent) von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. EU-weit sind es 23,5 Prozent. Eine Person gilt dann als armutsgefährdet, wenn sie über weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung verfügt. In Deutschland lag dieser Schwellenwert 2016 für eine alleinlebende Person bei 1.064 Euro im Monat, für zwei Erwachsene mit zwei Kindern unter 14 Jahren bei 2.234 Euro.

Deutschland: Vermögen ungleicher verteilt als Einkommen

Das private Vermögen ist in Deutschland deutlich ungleicher verteilt als das verfügbare Einkommen. Deutlich wird das am Gini-Koeffizient, der angibt, wie ungleich Vermögen oder Einkommen in einer Gesellschaft verteilt sind. Der Wert 0 steht für völlige Gleichverteilung, der Wert 1 für extreme Ungleichverteilung. In Deutschland lag der Gini-Koeffizient für das Pro-Kopf-Haushaltsnettovermögen 2012 bei 0,731; für das bedarfsgewichtete Nettohaushaltseinkommen lag er 2014 bei 0,290, so Berechnungen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung.

sind es laut CSRI in absoluten Zahlen 7.200 Menschen. Zwischen Mitte 2016 und Mitte 2017 wuchs diese Gruppe hierzulande um 500 Personen. Global betrug der Zuwachs 19.600 Personen — ein Plus von 13 Prozent gegenüber 2016.

„Das Kapital im 21. Jahrhundert“

Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst offensichtlich. Der französische Ökonom Thomas Piketty stellt in seinem viel beachteten und diskutierten Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ sogar die These auf, dass der gesellschaftliche Reichtum heute nicht anders verteilt sei als vor hundert oder zweihundert Jahren. Heute wie damals gebe es eine kleine Gruppe extrem Reicher, die über einen gewaltigen Teil aller verfügbaren Einkommens- und Vermögenswerte verfüge.

Und die Reichen werden laut Picketty immer reicher — weil eine einfache Formel wirkt: $r > g$. Sie sagt aus: Die Rendite auf Privatvermögen (r) ist größer als das Wirtschaftswachstum (g). Folgt man ihr, muss die Kluft zwischen Arm und Reich zwangsläufig wachsen: Weil sich Kapitalrenditen fortlaufend akkumulieren, was insbesondere in Zeiten niedrigen Wirtschaftswachstums spürbar wird. Zudem wirke die Inflation für alle, die von ihrem Einkommen leben müssen, wie eine zusätzliche Steuer.

„Business as usual“ keine Option

Dass Auseinanderdriften von Arm und Reich droht sich weltweit weiter zu verschärfen, warnt (nicht nur) der von Picketty federführend mitverfasste „Bericht zur weltweiten Ungleichheit 2018“. Das gelte zumindest bei einem schlichten „Weiter so“. Folgt dagegen alle Länder dem eher moderaten Ungleichheitsverlauf, wie er in den letzten Jahrzehnten für Europa typisch war, könne die globale Einkommensungleichheit verringert werden — in diesem Fall seien auch substanzielle Fortschritte bei der Beseitigung der weltweiten Armut möglich.

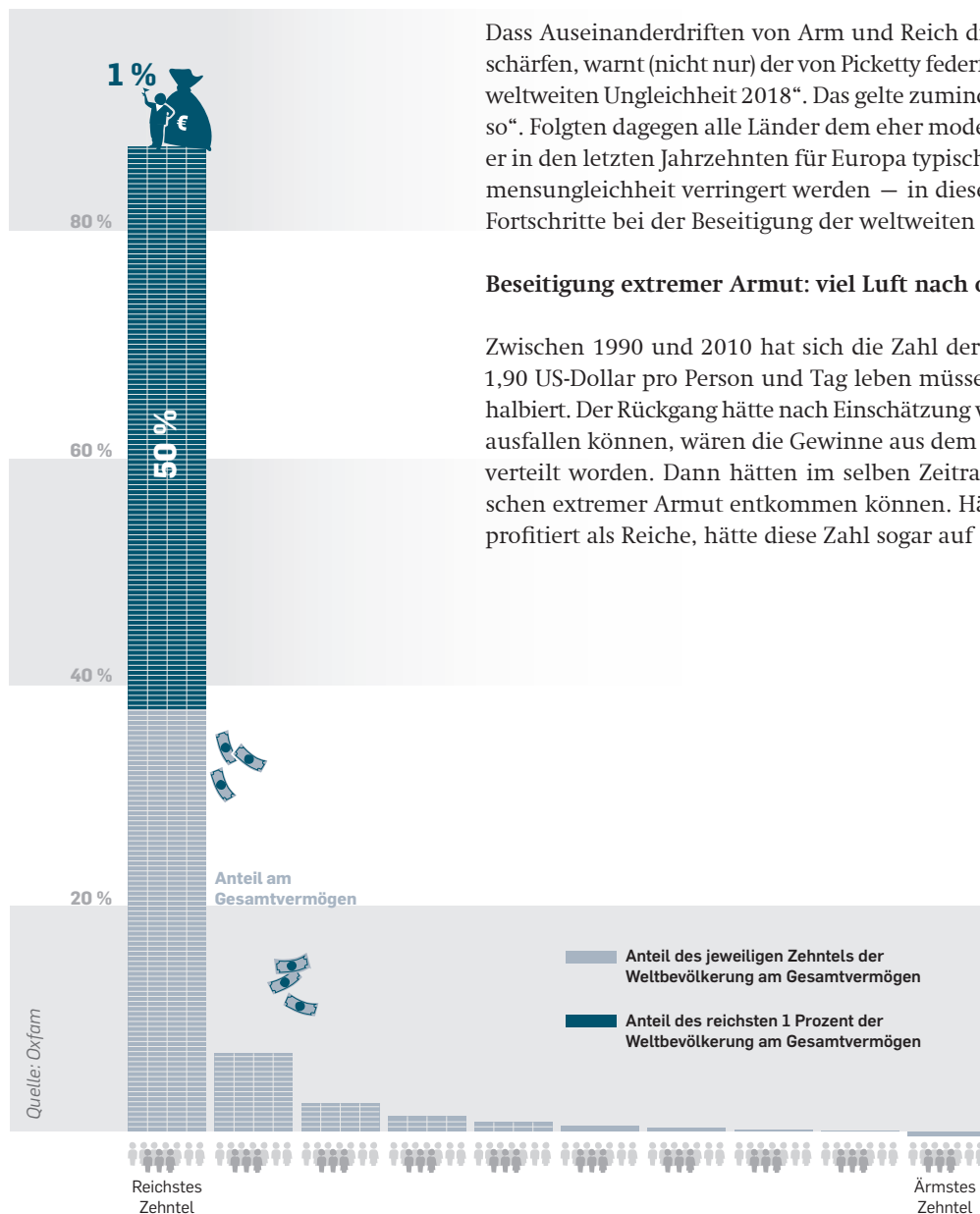
Beseitigung extremer Armut: viel Luft nach oben

Zwischen 1990 und 2010 hat sich die Zahl der Menschen, die von weniger als 1,90 US-Dollar pro Person und Tag leben müssen, auf 1,2 Milliarden Menschen halbiert. Der Rückgang hätte nach Einschätzung von Oxfam noch erheblich größer ausfallen können, wären die Gewinne aus dem Wirtschaftswachstum gerechter verteilt worden. Dann hätten im selben Zeitraum 200 Millionen weitere Menschen extremer Armut entkommen können. Hätten sie stärker vom Wachstum profitiert als Reiche, hätte diese Zahl sogar auf 700 Millionen steigen können.

Ungleichheit bremst Wachstum aus

Extreme Ungleichheit bremst nicht nur die Überwindung extremer Armut aus. Sie birgt weltweit sozialen Sprengstoff und ist volkswirtschaftlich kontraproduktiv. Der Internationale Währungsfonds (IWF) warnt in einer Analyse aus November 2017, in ihrer exzessiven Form drohe sie den sozialen Zusammenhalt zu erodieren, politische Polarisierung zu befördern und schließlich in geringerem Wachstum zu münden.

Globale Vermögensverteilung



Wie der Ungleichheit begegnen?

Wie können Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf die ungleiche Vermögens- und Einkommensverteilung reagieren? Die Rezepte dagegen unterscheiden sich je nach Adressat. Einige grobe Linien schälen sich dennoch heraus.

Wirtschaftswachstum beibehalten

Der IWF nennt an vorderster Stelle Wirtschaftswachstum. In der Vergangenheit habe es in vielen Ländern geholfen, den Lebensstandard zu erhöhen. Das Maß, mit dem es zur Verringerung von Ungleichheit beigetragen habe, variere jedoch stark von Land zu Land.

Steuern und Transferzahlungen

Laut IWF konnten zudem viele entwickelte Ländern die Ungleichverteilung von Einkommen durch Direktsteuern und Transferleistungen reduzieren – und das um durchschnittlich immerhin ein Drittel (wovon wiederum drei Viertel staatlichen Transfers zuzuschreiben sind). In weniger entwickelten Ländern stoße eine solche Politik deutlich eher an Grenzen.

Steuern progressiv gestalten

Die Autoren des „Berichts zur weltweiten Ungleichheit 2018“ wollen zunehmende Ungleichheit mit progressiven Steuern bremsen. Die Steuerprogression habe sich als effektives Instrument dazu bewährt und reduziere Ungleichheit nicht erst nach Abzug der Steuern, sondern schon davor: Weil sie Top-Verdienern Anreize nehme, sich durch aggressive Gehaltsverhandlungen und Vermögensaufbau noch größere Stücke vom Wachstumskuchen abzuschneiden.

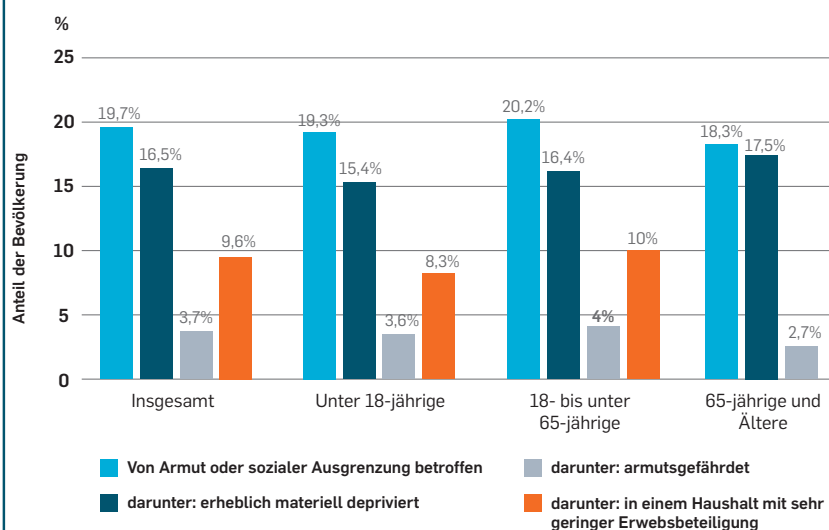
Steuerroasen trockenlegen

Picketty und seine Mitautoren wollen außerdem Steuerroasen trockenlegen – mit Hilfe eines globalen Finanzregisters, das ähnlich wie Immobilienregister die Eigentümer von Vermögenswerten erfasst. Andernfalls, heißt es in ihrem Bericht, ließen sich Vermögen und Kapitaleinkünfte in einer globalisierten Welt kaum adäquat messen und besteuern.

Wunderwaffe Wirtschaftswachstum?

Wollte man extreme Armut durch Wirtschaftswachstum allein abschaffen – unter Beibehaltung der gegenwärtigen Verteilung der Wohlstandsgewinne zugunsten der Spitze –, müsste die globale Wirtschaft Oxfam zufolge weit über die ökologische Tragfähigkeit der Erde hinaus wachsen. Dies sei angesichts der ökologischen Grenzen der Erde unmöglich.

Anteil der von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffenen Bevölkerung in Deutschland im Jahr 2016



Quelle: Statistisches Bundesamt © Statista 2017



Finanztransaktionssteuer einführen

Oxfam hält daneben die Einführung einer Finanztransaktionssteuer für überfällig. Die aus ihr erzielten Mittel sollten nach Ansicht der Hilfsorganisation für die weltweite Armutsbekämpfung und den Klimaschutz eingesetzt werden.

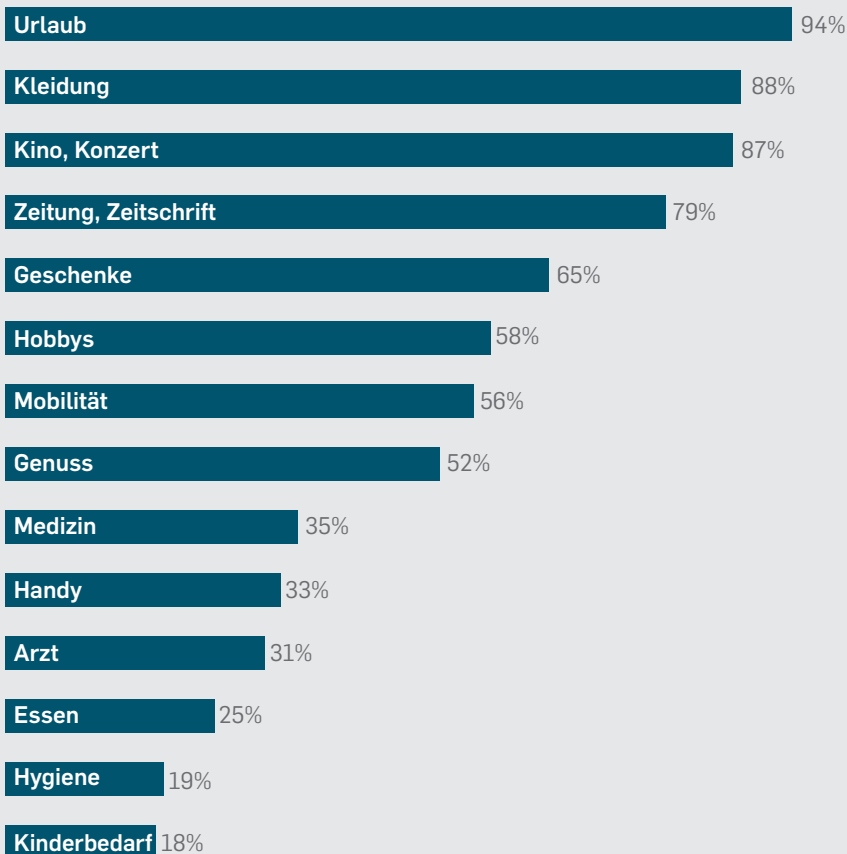
Frauen gleichberechtigte ökonomische Teilhabe ermöglichen

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und viele weitere Institutionen sehen in der gleichberechtigten ökonomischen Teilhabe von Frauen einen Weg zum Abbau von Ungleichheit. Wäre der Anteil arbeitender Frauen auf dem Stand der frühen 1990-er Jahre verblieben, wäre die Ungleichheit in den OECD-Staaten im Durchschnitt wesentlich stärker gestiegen, so die OECD.

Wo Geld fehlt:



Wir verzichten auf:



Quelle: Diakonie Braunschweig

Gut bezahlte Jobs schaffen

In Deutschland werde dieser Effekt indes dadurch gemindert, dass sich eine Vielzahl von Frauen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen befindet, also Teilzeit, befristet oder selbstständig arbeitet. Regierungen sollten deswegen nicht nur die Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt fördern, sondern auch qualitativ hochwertige Jobs schaffen und in Bildung investieren, so die OECD.

Bildung, Bildung, Bildung

Der Königsweg zur Linderung der Ungleichheit – das ist weithin unumstritten – führt über Investitionen in Bildung. Würde die Bundesrepublik ihre Investitionen in Bildung um jährlich rund 10 Milliarden Euro erhöhen, könnte dies bis 2020 über 150.000 neue Jobs schaffen und das Bruttoinlandsprodukt um 11 Milliarden Euro steigern, so eine Simulation der Bertelsmann Stiftung aus dem November 2017.

Mehr Teilhabe – auch an Unternehmensgewinnen

Bildungsinvestitionen drohen dem „Bericht zur weltweiten Ungleichheit 2018“ zufolge ins Leere zu laufen, wenn Menschen am unteren Ende der Einkommensverteilung Zugang zu gut bezahlter Arbeit fehlt. Eine bessere betriebliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer und angemessene Mindestlöhne seien deswegen ebenso wichtig. Das DIW erachtet zudem eine Verbesserung der Teilhabe unterer Einkommensgruppen an der Rendite der Unternehmen als sinnvoll.

„Ungerechte Einkommensverteilung gefährdet die Demokratie“

Eine ungerechte Einkommens- und Vermögensverteilung ist nicht per se problematisch. Bis zu einem gewissen Punkt wirkt sie sich sogar positiv für das Wirtschaftswachstum aus. Problematisch wird es, wenn die Ungleichheit extreme Werte erreicht. Dann gibt es keine positiven Wachstumseffekte mehr und dann kann die Ungleichheit sogar einen negativen Einfluss auf das Wachstum haben. Schlussendlich kann sie sogar eine Gefahr für unsere Demokratie darstellen. In Europa haben wir diesen Punkt noch nicht erreicht. Die Ungerechtigkeit ist geringer als noch vor 100 Jahren. Sie ist weniger stark gestiegen als etwa in den USA. Die USA aber zeigen, dass extreme Ungleichheit auch zu politischen Ungerechtigkeiten führen kann. Es wird schwieriger Politik zu machen und die richtigen Entscheidungen zu treffen. Deshalb brauchen wir mehr Transparenz über die weltweite Einkommens- und Vermögensentwicklung, um auf negative Entwicklungen in der Zukunft besser reagieren zu können.

Zwischen Nichts-Tun und einer globalen Vermögenssteuer gibt es einen sehr großen Spielraum. Einiges kann schon auf nationaler Ebene getan werden und noch mehr auf europäischer Ebene. Wir können etwa die Transparenz über Vermögenswerte verbessern. Wir könnten einen automatischen Informationsaustausch vereinbaren, damit jedes Land weiss, was jeder Steuerzahler in einem anderen Land auf dem Bankkonto hat. Das würde uns ermöglichen, unsere Finanz- und Steuerpolitik besser zu koordinieren.

Die gute Nachricht ist: Wir haben schon einige Dinge erreicht. Vor fünf Jahren gab es in der Schweiz noch ein Bankgeheimnis, von dem niemand glaubte, dass es irgendwann fallen würde. Dann hat die amerikanische Regierung Schweizer Banken mit Sanktionen belegt. So hat sich in der Schweiz viel mehr verändert als irgendjemand erwarten konnte. Die schlechte Nachricht ist: Die EU war nicht in der Lage, eigenständig zu handeln. Das ist schon ein wenig traurig, denn die europäischen Staaten leiden viel stärker unter dem Schweizer Bankgeheimnis als die USA. Aber ich will mich auf die guten Nachrichten konzentrieren. Das Beispiel zeigt: Wenn wir die Probleme systematisch angehen und die Schweiz mit Sanktionen belegen anstatt sie nur freundlich um mehr Informationen zu bitten, können wir gemeinsam etwas verändern.

Auch der automatische Informationsaustausch muss vorangetrieben werden. Die EU und die USA repräsentieren 50 Prozent der weltweiten Wertschöpfung. Wenn das nicht ausreicht um Fortschritte im Bereich internationaler Finanzmarktregulierung zu machen, dann weiss ich wirklich nicht, wann wir sonst Fortschritte erzielen wollen! Wir haben im kommenden Jahrhundert viel kompliziertere Themen zu lösen als diese Finanzmarkt-Regulierung. Nehmen Sie etwa den Klimawandel. Wenn wir vollkommenen egoistisch wären, warum sollten wir dann in der EU Anstrengungen machen, weniger Kohlendioxid zu emittieren? Aber wir machen es trotzdem mit Erfolg. Wenn wir die richtigen Institutionen haben, dann können wir tatsächlich Fortschritte machen. Lassen Sie uns nun mit diesen einfachen Finanzfragen anfangen und dann können wir uns endlich den komplizierteren Umwelt-Fragen zuwenden.

Quellen- und Transkriptionsnachweis: Das Gespräch führten Markise Uren, Markus Gatzke. Im Original erscheint der Beitrag als Video auf www.zeit.de/ video. Aktualisiert am 13. Juni 2017.



Die Psychologie der Steuermoral

Den Sinn von Steuern stellt eigentlich niemand in Frage. Nur zahlen tut sie niemand gern. Wir sprachen über Steuermoral mit Universitäts-Professor Dr. Erich Kirchler, Vorstand des Instituts für Angewandte Psychologie: Arbeit, Bildung, Wirtschaft an der Universität Wien.

Niemand zahlt vermutlich gerne Steuern, obwohl jeder von uns von der Nutzung öffentlicher Infrastruktur oder Dienstleistungen profitiert. Auf welchen psychologischen Mechanismen beruht dieser Widerwille eigentlich?

Überlegungen, Steuern zu zahlen oder nicht, entsprechen Entscheidungen in einem sozialen Dilemma, in dem individuelle Interessen den kollektiven gegenüberstehen. Einerseits optimiert jedes Individuum seinen Nutzen, indem es sich egoistisch verhält, anstatt zu kooperieren. Andererseits ermöglicht die Kooperation die Erzeugung gemeinschaftlicher Güter, die sich von Individuen allein nicht realisieren lassen. Egoistisches Verhalten, wie die Hinterziehung von Steuern, maximiert zwar den individuellen Nutzen, es schadet allerdings der Allgemeinheit und erzeugt in letzter Konsequenz eine für alle nachteilige Situation.

Häufig wird die Abgabenbelastung durch Steuern als hoch empfunden. Vor allem der subjektive Vergleich zwischen eigenen Abgaben und den eigenen Vorteilen durch öffentliche Güter fällt häufig negativ aus. Über Medien erfahren wir über die Verschwendung öffentlicher Gelder, was den Unmut, Steuern zu zahlen, verstärkt. Der Eindruck von Korruption und Verschwendung führt zur Annahme, dass die öffentliche Hand die Abgaben wesentlich effizienter zum Wohle aller investieren könnte als sie es tut.

Damit entsteht der subjektive Eindruck, dass die Belastung unfair ist: Der Staat kassiert wesentlich mehr, als er zurückgibt! Zudem wird nicht selten die eigene Abgabenquote relativ zu der anderer Einkommensgruppen als unfair beurteilt und vielfach wird vermutet, dass andere in den Genuss öffentlicher Güter kommen, die einem selbst nicht zugänglich sind. Problematisch sind also sogenannte Austauschgerechtigkeit (die Beziehung zwischen Abgaben und öffentlichen Leistungen), vertikale Gerechtigkeit (Relation zwischen eigenen Abgaben und Abgaben anderer Einkommensgruppen) und horizontale Gerechtigkeit (Relation eigener Abgaben und Abgaben anderer derselben Einkommensgruppe).

Einige Steuersünder argumentieren, dass sie das Geld sinnhafter in andere Felder investieren. Ist das nicht romantisierend? Meist landet das hinterzogene Geld ja nicht in wohltätigen Stiftungen, sondern auf Schweizer Privatkonten.

Tatsächlich wird häufig argumentiert, dass der Staat mit seinen Einnahmen durch Abgaben und Steuern nicht wirtschaftlich effizient umgeht und Wirtschaftstreibende wesentlich erfolgreicher und gewinnbringender arbeiten. Es wäre also sinnvoll, wenn erfolgreiche Unternehmen für öffentliche Güter sorgten und deren Investitionen als „Steuer“ akzeptiert werden würde. Nun könnte tatsächlich überlegt werden, ob es sinnvoll wäre, seitens der öffentlichen Hand Projekte (z.B. den Bau von Schulen, Infrastruktur etc.) auszuschreiben und eine oder mehrere Unternehmen sich des Projektes annehmen und es realisieren sollen anstatt Geld in „fremde Hände“ zu geben, die damit nicht effizient umgehen können. Aus demokratiepolitischer Sicht halte ich diese Überlegungen allerdings für problematisch.

Es scheint in der Natur vieler zu liegen, dass Machbare auch zu machen. So beleuchtet der Skandal um die „Panama Papers“ Praktiken, die formal rechtens sind und dennoch moralisch aufstoßen. Warum ist legal nicht immer auch legitim?



Es macht einen Unterschied, ob nach dem Buchstaben des Gesetzes oder nach dem Sinn des Gesetzes gehandelt wird. Während dem Gesetzgeber genüge getan wird, wenn formal nach dem Buchstaben gehandelt wird, muss dies nicht auch dem moralischen Verständnis entsprechend sein. Die unterschiedlichen Möglichkeiten werden als unfair empfunden und widersprechen dem vielen Menschen inhärenten Bedürfnis nach Gleichbehandlung und der moralischen Verpflichtung für die Gesellschaft. Das führt nicht nur zu Unzufriedenheit und Vertrauensverlust in die staatlichen Autoritäten, sondern höhlt auch die gesellschaftliche Moral aus. Wenn global wirtschaftende Konzerne ihre Steuerlast auf wenige Prozente reduzieren, dann ist das nicht nur aus moralischem Pflichtbewusstsein abzulehnen, sondern erzeugt auch eine Schieflage des Wettbewerbes zwischen kleineren und größeren Unternehmen.

Mit dem Begriff „Moral“ tut sich die klassische Wirtschaftswissenschaft schwer. Warum hat das Bild des Menschen als rein rationales Wesen bis heute so vehement gehalten?

Das neo-klassische Modell des homo oeconomicus geht von Nutzenmaximierung und Rationalität aus. Die Annahmen sind klar und die darauf aufbauenden ökonomischen Modelle beeindruckend sophistisch. Allerdings zeigt die Sozialpsychologie, Wirtschaftspsychologie und Verhaltensökonomie, dass Rationalität als Verhaltensgrundprinzip nicht zu halten ist. In komplexen Entscheidungen unter Unsicherheit fehlt oft die Zeit, die Motivation und die kognitive Kapazität, um rationale Entscheidungen treffen zu können. Der Einfluss der Verhaltensökonomie wird immer stärker. Nudging als Verhaltensregulation hat hohen Zuspruch. Trotzdem beherrschen die Annahmen der Nutzenmaximierung und Rationalität weite Gebiete der Ökonomie, weil die Annahmen klar sind und sich darauf klare Modelle aufbauen lassen. Zudem ist es schwierig, eingeschworene Vertreter bezüglich der einmal einstudierten Annahmen zu verunsichern und zu einer Neuorientierung zu bewegen, auch weil sie nicht postulieren, dass ein Individuum nicht irrational oder a-rational handeln könnte, aber annehmen, dass sich alles nicht Rationale im gesellschaftlichen Aggregationsprozess herausmittelt und das im „aggregierten Handeln“ übrig bleibt, was Nutzenmaximierung und Rationalität ausmacht.

Gegen Steuerhinterziehung setzt der Staat auf Kontrollen und Strafen. Was taugen solche Strafen?

Tatsächlich sind Kontrollen und Strafen effektiv. Allerdings weit weniger als in der ökonomischen Steuertheorie angenommen. In experimentellen Untersuchungen wird der Einfluss der Kontrollwahrscheinlichkeit und der Strafhöhe nicht immer eindeutig bestätigt. Die Ergebnisse experimenteller Untersuchungen sprechen öfters für den Einfluss fehlender Kontrolle auf die Tendenz zur Steuerhinterziehung und seltener für den Einfluss der Strafe. Als Alternative zur gängigen Strafbemessungspraxis bei Hinterziehungsdelikten, bei der sich die Strafhöhe aus dem Ausmaß der Hinterziehung ergibt, wurde von Finanzstrafrechtsexperten vorgeschlagen, bei der Festlegung der Strafe auch die Leistungsfähigkeit des Täters zu berücksichtigen.

In Unternehmen wird oft enorm viel Energie und Leidenschaft darauf verwendet, komplizierteste Steuerspar-Konstrukte zu erfinden. Was muss sich dort ändern?

Tatsächlich dürften Konzerne viel Geld in Beratung investieren, um Steuern zu vermeiden. Meines Erachtens ist es wichtig, Bewusstsein dafür zu schaffen, dass unternehmerischer Erfolg auch darauf basiert, welche politische und wirtschaftliche Stabilität ein Land erreicht hat, welche Infrastruktur zur Verfügung steht und dass Verantwortung dafür übernommen wird, dass diese Güter aufrechterhalten und ausgebaut werden.

Auch in der Öffentlichkeit muss dieses Bewusstsein geschaffen werden, so dass Konzerne verstehen, dass nicht nur seitens des Gesetzgebers die aggressive Steuervermeidung bekämpft wird, sondern auch gesellschaftlich als inakzeptabel abgelehnt wird. Wie oben ausgeführt sind oft finanzielle Strafen weniger Anreiz für korrektes Verhalten als die Befürchtung von Reputationsverlust und Boykotts die treibenden Motive.

Was ist Nudging?

„Nudging ist ein Begriff, der durch die Theorie von Daniel Kahneman bekannt geworden ist. Bei dem Ansatz geht es darum, Verhaltensanreize zu setzen, um die Menschen zu einem bestimmten, eventuell besseren – was auch immer das heißen mag – Verhalten zu bewegen.“

Konstantin von Notz, MdB (Bündnis 90 / Die Grünen)



Hohe Ungleichheit trotz längstem Aufschwung der Geschichte

Einkommen verpflichtet, heißt es in unserem Grundgesetz. Aber wozu eigentlich? Und warum ist es ein Problem, wenn die Reichen immer reicher werden? Wir sprachen darüber mit Dr. Stefan Bach. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Finanz- und Steuerpolitik sowie Einkommens- und Vermögensverteilung.

Warum wird die Schere zwischen Armen und Reichen in Deutschland immer größer?

Tatsächlich hat die Ungleichheit bei den Bruttoeinkommen seit Ende der Neunzigerjahre deutlich zugenommen. In den letzten Jahren erleben wir eher eine Seitwärtsbewegung, obwohl wir den längsten Aufschwung der Geschichte haben und auch die Masseneinkommen seit einigen Jahren wieder steigen. Aber der Aufschwung kommt bei den Geringverdienenden nicht an, und beim nächsten Abschwung werden die als erste dran glauben. Zugleich wurden Bürger mit hohen Einkommen und Vermögen durch die Steuerreformen seit Mitte der Neunzigerjahre steuerlich entlastet – durch Abschaffung der Vermögensteuer, Senkung der Spitzensteuersätze, Abgeltungsteuer, Unternehmensteuer-Reformen. Das ist nicht so dramatisch, wie es in der öffentlichen Wahrnehmung mitunter erscheint, denn Sozialstaat und Umverteilung funktionieren noch gut, nur eben auf etwas niedrigerem Niveau. Und die unteren Einkommensschichten der Gesellschaft fühlen sich vernachlässigt und begehren auf.

Wie zuverlässig sind denn die Daten?

Wir haben in Deutschland aktuelle Statistiken über Anbaufläche und Ertrag von Hackfrüchten, in denen zwischen frühen und späten Speisekartoffeln oder zwischen Zucker- und Runkelrüben unterschieden wird. Aber wir haben relativ wenige Informationen zur Verteilung der hohen Vermögen und Einkommen. Das liegt daran, dass in Deutschland der Datenschutz ein hohes Gut ist, die Vermögensteuer abgeschafft wurde und die Einkommensteuer die Großverdiener nicht mehr erfasst. Selbst bei den Großunternehmen gibt es viele Familienunternehmen, die nicht börsennotiert sind und damit nur wenig Informationen preisgeben, erst recht gilt das für den breiten Mittelstand im Familienbesitz, von dem man gar nicht genau weiß, was die Firmen eigentlich wert sind. Deshalb schätzen wir die Top-Vermögensverteilung mit Manager Magazin- oder Forbes-Listen und mit Verteilungsannahmen. Das sind zwar nur Schätzungen, aber es ist eben interessant zu wissen, wie sich die Vermögensverteilung in der Spitze konzentriert und wie sich diese Vermögen entwickelt haben.

Warum ist es wichtig zu wissen, ob die Reichen noch reicher werden? Führt das nicht in eine reine Neiddebatte?

Klar, in Deutschland ist der Sozialneid sicher ausgeprägter als in der angelsächsischen Welt. Aber wenn einzelne Personen riesige Reichtümer anhäufen, ist es wichtig und legitim, das zu beobachten. Denn große Vermögen bedeuten Macht und Einfluss. Niemand hat etwas gegen einen Selfmade-Milliardär, der ein gutes Produkt entwickelt hat, das die Leute haben wollen, oder einen Spitzenfußballer mit Millioneneinkommen. Die Monsterlöhne der angestellten Manager, die ja keine unternehmerischen Risiken übernehmen und sich gerne einen schlanken Fuß machen, wenn etwas schief geht, sind da schon zwiespältiger. Und wie ist es



mit Vermögen, die aus eher fragwürdigen Geschäften oder durch Monopolmacht erworben wurden? Wie ist es bei den Unternehmenserben, die riesige Vermögen mehr oder weniger steuerfrei erben, nur weil es ihnen in die Wiege gelegt wurde? Wir müssen da schon Fragen nach dem sozialen und gesellschaftlichen Hintergrund von Vermögen und Vermögenserwerb stellen. Und das öffentliche Interesse, Stichworte Erbgengesellschaft und Eigentum verpflichtet, wird künftig eher noch größer. Als Forscher liefern wir den Content dazu.

Liberalen Kollegen von Ihnen üben Kritik an der Berechnung der Vermögensverteilung. So zählen zum Beispiel die staatlichen Rentenansprüche nicht zum jeweiligen Vermögen.

Das Argument ist nicht falsch, lenkt aber vom eigentlichen Problem ab. Natürlich sind Einkommen und Vermögen zwei Seiten einer Medaille. Wir betrachten üblicherweise immer nur das verfügbare Vermögen, z.B. Immobilien, Finanzanlagen, Unternehmensbeteiligungen abzüglich Schulden. Das gesamtwirtschaftliche Einkommen besteht aber vor allem aus den Löhnen. Auch die kann man als Humankapital kapitalisieren. Auch Rentenansprüche werden nur berücksichtigt, sofern es um Lebensversicherungen und private Altersvorsorge geht. Die gesetzliche Rentenversicherung ist nicht enthalten. Und gerade die macht in Deutschland den größten Anteil der Alterssicherungssysteme aus. Deswegen schneiden Länder wie Deutschland, Schweden oder Norwegen mit ihren staatlichen sozialen Sicherungssystemen bei der Messung von Vermögensungleichheit ähnlich schlecht ab. In Deutschland kommt außerdem die niedrige Wohneigentumsquote hinzu. Nur: Humankapital oder Rente kann man nicht beleihen, verkaufen oder vererben – wie Unternehmensanteile, Immobilien oder Finanzanlagen.

Sie beklagen, Reiche hätten zu viel politischen Einfluss. Woran machen Sie das fest?

Mit großem Vermögen, auch mit unternehmerischem Vermögen, geht immer auch Macht und Einfluss auf die Politik einher. In Deutschland ist das aber bei Weitem nicht so stark ausgeprägt, wie etwa in Osteuropa mit seinen Oligarchen, oder auch in anderen Ländern, wo Reiche mit ihren Vermögen gezielt politischen Einfluss suchen und politische Prozesse beeinflussen. Hierzulande sind es eher Interessensorganisationen der Wirtschaft oder der Familienunternehmen, die da sehr gut aufgestellt sind und ihre Interessen geltend machen. Das hat man bei der Erbschaftssteuerdiskussion gemerkt.

Die Vermögensteuer ist in Deutschland nicht sonderlich beliebt – und wird regelmäßig zum politischen Rohrkrepierer. Welchen Rat haben Sie für die künftige Bundesregierung?

Bei den „Reichensteuern“ ist die Hackordnung so, dass das rot-rot-grüne Lager da mehr machen will und das konservativ-liberale Lager dagegen ist. Mit Blick auf die Steuer- und Abgabepolitik gibt es dafür ein gewisses Potenzial. Denn die Steuern auf hohe Einkommen und Vermögen sind über die letzten 20 Jahre gesunken, trotz der zunehmenden Ungleichheit. Gleichzeitig sind die indirekten Steuern angehoben worden, vor allem die Mehrwertsteuer und die Energiesteuern, also die Steuern auf den Konsum, die vor allem die „kleinen Leute“ relativ stark belasten. Das kann man schon ein bisschen zurückdrehen.

Und das gilt auch für die Unternehmenssteuern: Die Kollegen von Google, Amazon und Co. haben Geschäftsmodelle, die so wunderbar auf der unvollständigen Klaviatur des internationalen Steuerrechts spielen können, dass sie ihre enormen Profite extrem niedrig besteuern. Das ist ein Problem, aber das kann man grundsätzlich lösen, vorausgesetzt, dass es internationale Steuerkoordination gibt.

Hohe Einkommen und Vermögen sind aber häufig international mobil?

Genau, das ist ein Problem. Das kann man zwar mit internationaler Steuerkoordination begrenzen, wie die letzten Jahre gezeigt haben, aber die Renationalisierung der Wirtschaftspolitik und die nationalen Interessen treten zuletzt wieder stärker in den Vordergrund.

Digitalisierung auch eine Frage der Besteuerung

Wenn Produktivität und Wachstum steigen, ist das grundsätzlich positiv, sofern alle davon profitieren. Auch in der Vergangenheit sind Millionen Arbeitsplätze in Landwirtschaft und Industrie weggefallen, die durch neue Beschäftigung im Dienstleistungsgewerbe ersetzt wurden. Das wird auch auf absehbare Zeit so sein. Roboter und Maschinen gehören ja irgend jemandem. Dessen Profite muss man erfassen und besteuern.

Dr. Stefan Bach (DIW)



Bedingungsloses Grundeinkommen

Am bedingungslosen Grundeinkommen scheiden sich die Geister. Befürworter glauben, dass es Arbeitnehmer motiviert und ihnen neue Freiheiten ermöglicht. Für die anderen ist es eine utopische Idee, die viel kostet und Menschen von der Arbeit abhält. Mehrere Projekte weltweit setzen die Idee um und ziehen erste Bilanzen.



Kenia: Bekämpfung der Armut durch Grundeinkommen

Viele Dörfer in Kenia gehören zu den ärmsten Regionen Afrikas. Für eine wirkungsvolle Armutsbekämpfung setzt sich die amerikanische Organisation „GiveDirectly“ ein. Mit einem monatlichen Grundeinkommen unterstützt sie bereits einzelne Dörfer. Die Menschen dort sind nicht mehr auf Tagesjobs angewiesen und können ihren eigentlichen Berufen nachgehen. Investitionen in Ackerland oder Viehzucht sind ebenfalls möglich. In 2018 beginnt ein Zwölf-Jahres-Projekt, in dem die Auswirkungen eines Grundeinkommens auf Beschäftigung, Bildung und Gesundheit erforscht werden sollen. Mehr als 21.000 Menschen in Kenia werden Zahlungen erhalten. Dabei sind sie der Organisation keine Rechenschaft über ihre Ausgaben schuldig. GiveDirectly ist überzeugt, dass die Empfänger am besten wissen, wie sie das Geld sinnvoll verwenden.



Schweiz: Grundeinkommen immer noch Top-Thema

Im Juni 2016 hat die Schweiz über ein bedingungsloses Grundeinkommen abgestimmt. Mit 76,9 Prozent wurde es mehrheitlich abgelehnt. Knapp zwei Jahre später gehen jedoch 69 Prozent der Schweizer davon aus, dass es noch eine weitere Abstimmung geben wird – das Thema ist also noch nicht vom Tisch. Die Initiative „Dein Grundeinkommen“ plant derzeit einen Versuch mit mehreren hundert Personen. Über zwei Jahre hinweg sollen sie ein Grundeinkommen erhalten. Die Filmemacherin Rebecca Panian rief im Januar 2018 zu einem weiteren Experiment auf: In einem Schweizer Dorf will sie testen, wie sich ein Grundeinkommen auf zwischenmenschliches Verhalten und den lokalen Wirtschaftskreislauf auswirkt. Darüber will sie einen Dokumentarfilm drehen. „Mir ist bewusst, dass es nach einem irren Vorhaben klingen mag. Ich bin aber davon überzeugt, dass das Experiment finanziert werden kann, wenn sich ein Dorf meldet“, verspricht Panian.





Finnland: Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt

In 2017 hat in Finnland ein Projekt für das bedingungslose Grundeinkommen begonnen. Rund 2.000 Arbeitslose wurden vom Sozialversicherungsinstitut Kela ausgelost, und erhalten monatlich 560 Euro. Die Testpersonen sollen so ermutigt werden, Arbeit in Teilzeit oder mit niedriger Bezahlung anzunehmen. Was auf den ersten Blick sinnvoll erscheint, ist gleichzeitig ein großer Kritikpunkt. Die Regierung kann Bürokratie abbauen und Kosten einsparen, während Arbeitslose schlecht bezahlte Job annehmen müssen. Doch die Erfahrungen der Testpersonen sind meist positiv. Einige orientieren sich beruflich neu, andere fühlen sich bei der Jobsuche nicht unter Druck gesetzt. Eine Zwischenbilanz zogen die Verantwortlichen bislang nicht. Das soll erst Ende 2018 mit dem Abschluss des Projekts erfolgen. Doch eine Fortsetzung oder gar Ausweitung über den Pilotprojektstatus ist mehr als ungewiss: So sagte die Chefin der Kela-Rechtsabteilung, Marjukka Turunen, gegenüber dem österreichischen Standard, der Ansatz sei eine „sehr negative Form, den Ball an die Arbeitslosen weiterzuspielen“. Turunen weiter: „Wir versuchen, das Gute aus dem Experiment und dem darin enthaltenen Mechanismus herauszuholen und in die Reform einzubringen.“



Deutschland: Die Liebe zum Job neu entdecken

Bei der deutschen Initiative „Mein Grundeinkommen“ erhalten „Lotteriegewinner“ für den Zeitraum von einem Jahr eine monatliche Zahlung von 1.000 Euro. Per Crowdfunding sammelt die Initiative das Geld. Sobald 12.000 Euro zusammengekommen sind, werden sie an eine Person, die sich zuvor darauf beworben hat, verlost. Michael Bohmeyer startete das Projekt 2014 – seitdem haben 150 Menschen ein Jahresgrundeinkommen erhalten. Doch wie wirkt sich das aus? Die Gewinner erhalten finanzielle Sicherheit. Außerdem berichten sie, dass sie ihren Job neu lieben gelernt haben, produktiver geworden sind und weniger Stress haben. Die Veränderungen bemerkt auch Bohmeyer: „Nach einem Jahr Grundeinkommen stehen selbstbewusste, reflektierte und gesunde Menschen vor mir, die umsichtig mit anderen umgehen. Die Gemeinschaft hat ihnen einen Vertrauensvorschuss ausgezahlt und sie haben ihn in Selbstvertrauen umgewandelt.“





The New Production Workforce: Responding to Shifting Labour Demands

Summary of a WEF White Paper in collaboration with Accenture

The Fourth Industrial Revolution is transforming value chains in production industries with unprecedented speed and scale. Driven by a series of macro-level and industry trends, global value chains are being reconfigured, which significantly impacts workers and the types of skills needed in industries ranging from textiles to chemicals and automotive. As a result, a new geography of production employment is emerging.

What will this new geography of production look like and what does it mean for workers, communities, policy-makers and business leaders today and tomorrow? What workforce disruptions and opportunities can we expect from this new geographic landscape? These are the central questions framing this white paper, which is a collaboration between the World Economic Forum and Accenture.

In recent decades, jobs in production industries have brought millions of workers in developing economies out of poverty and helped citizens in advanced economies move up to the middle class. The geography of production remains high on the agenda of policymakers, who continue to view production industries as an enabler of social progress as well as an essential component of economic growth. Today, production industries are undergoing massive change, which could potentially slow or even stop the progress made in recent decades. The Fourth Industrial Revolution is altering global production value chains. Value chains are becoming simpler. Sources of value are shifting, both across the value chain and geographies.

Companies are increasingly generating value outside the core manufacturing and distribution segments, for example in preproduction phases such as R&D, product development and after-sale services. In addition, macro trends, such as concentration of demand and rising protectionism, are influencing where products are designed and built. These trends are leading to a shift in the geographical distribution of production jobs.

In this research, a model was built on macroeconomic data to create a set of scenarios for the purpose of identifying which regions and types of workers within the production ecosystem are most vulnerable to job disruption and displacement. We expect that employment losses in production industries will continue as companies automate work, but net losses will be smaller than some studies have predicted.

Key findings

1. Shifting production footprints will alter the global demand for labour across value chains and geographies.

Some value chain segments will be automated and others may consolidate as the line between traditional functions across the value chain starts to blur. The importance of non-production segments will increase across all geographies, as differentiation shifts to innovation and customer experience.



According to our model, the demand for workers in nonproduction segments and services could increase by up to 45 percent. Low labour costs may become less important and there may be ‘re-shoring’ of production work to advanced economies. However, the jobs that are created will be different from the traditional production jobs that were offshored.

2. Skills mismatches are expected to increase.

We identified two major characteristics in regions and countries that indicate a high potential for skills mismatches. First, are places with higher-skill but small production workforces, such as East Asia and Western Europe, where there is likely to be more demand for high-skill production workers than the labour market can supply.

Second, are places with large consumer markets. China and the United States could have the highest risk of skills mismatches, because demand for both high- and lowskilled labour could rise by up to 43 percent due to the trends analysed, without taking into consideration the impact of automation.

3. Automation will continue to eliminate jobs.

New jobs will require skills that displaced workers lack. It is expected that automation will continue to displace workers across the production value chain, particularly in South Asia and other developing economies. At the same time, jobs that will be created in production industries will require a different set of skills that exist in today’s production industry labour force. This presents a significant challenge on two fronts: Dealing with the impact of workers displaced by automation, and addressing the need for widespread upskilling and reskilling of the production workforce.

What is the difference between a global industry and a global value chain?

A global industry includes those activities and workers that are directly employed and reported in a specific industry or sector. For example, the automotive industry will only include companies with the primary purpose of manufacturing automotive parts or finished goods. It will not include electronics companies that contribute electronic systems into automobiles because those companies would be considered part of the electronics sector.

A global value chain refers to all activities related to the production of a finished good, regardless of the industry classification. By exploring production from a global value chain perspective, we can understand the full reach of a given production industry across geographies and workforce activities. Having visibility of all industries contributing to a single value chain provides a unique insight to what the impact of industry-specific trends will be on the related global workforce.

Ausgewählte Literatur

Digitalisierung

Jobs lost, Jobs gained: Workforce Transition in a Time of Automation, Hrsg. McKinsey Global Institute, Dezember 2017.
<http://bit.ly/2BxZXXx>

Künstliche Intelligenz wird zum Wachstumsmotor für deutsche Industrie, Pressemitteilung McKinsey & Company, 24.04.2017.
<http://bit.ly/2wi0RSc>

EY Jobstudie 2017: Digitales Arbeiten. Ergebnisse einer Befragung von 1.400 ArbeitnehmerInnen in Deutschland, Hrsg. Ernst & Young, 16.11.2017
<https://go.ey.com/2HhHH3y>

Neue Wertschöpfung durch Digitalisierung, Hrsg. Zukunftsrat der Bayerischen Wirtschaft, Juni 2017.
<http://bit.ly/2oWtNgj>

Übertragung der Studie von Frey/Osborne (2013) auf Deutschland, Kurzexpertise des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung, April 2015.
<http://bit.ly/2Gb6DKL>

CSR im digitalen Zeitalter, Magazin UmweltDialog, November 2016.
<http://bit.ly/2FEiAuh>

Arbeit 2.0

Online-Arbeit auf Internet-Plattformen. Empirische Befunde zum „Crowdworking“ in Deutschland, Hrsg. Hans J. Pongratz, Sarah Bormann, Arbeits- und Industriesoziologische Studien, November 2017.
<http://bit.ly/2mu2s44>

Crowd Worker in Deutschland. Eine empirische Studie zum Arbeitsumfeld auf externen Crowdsourcing-Plattformen, Hrsg. Hans-Böckler-Stiftung, Juli 2016.
<http://bit.ly/2eA91xz>

Herausforderung Cloud und Crowd: Plattformen, Wertschöpfungssysteme und Arbeit gestalten, Hrsg. Prof. Dr. Andreas Boes, Barbara Langes (Hrsg.), September 2017.
<http://bit.ly/2Ga3o6f>

Der Job als Gig. Digital vermittelte Dienstleistungen in Berlin, Hrsg. ArbeitGestalten Beratungsgesellschaft mbH, November 2017.
<http://bit.ly/2BsSENM>

Dienstleistung via Plattform: Gute Arbeit in der Gig Economy?! Dokumentation des Fachdialogs am 2. November 2017, erstellt

im Rahmen des Projektes Joboption Berlin.
<http://bit.ly/2Gb2t5A>

Weißbuch Arbeiten 4.0, Hrsg. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, November 2016
<http://bit.ly/2gaOxuB>

Unsere Vision einer neuen Arbeitswelt, Hrsg. Microsoft Deutschland
<http://bit.ly/2FBDavw>

Arbeitszeitreport Deutschland 2016, Hrsg. Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, 2016.
<http://bit.ly/2xemt1B>

Verteilungsgerechtigkeit

Der Preis der Profite, Fact-Sheet Oxfam Deutschland, Januar 2018
<http://bit.ly/2FnIYJV>

Poverty and Shared Prosperity 2016: Taking on Inequality, Hrsg. World Bank, 2016
<http://bit.ly/2dpagPH>

Bericht zur weltweiten Ungleichheit 2018, Hrsg. World Inequality Lab, deutsche Kurzfassung.
<http://bit.ly/2BdWg9A>

Einkommensverteilung in Deutschland, Hrsg. DIW Wochenbericht 3/2018
<http://bit.ly/2Ga4r6b>

Global Wealth Report 2017, Hrsg. Credit Suisse Research Institute 9/2017
<http://bit.ly/2BtSZTU>

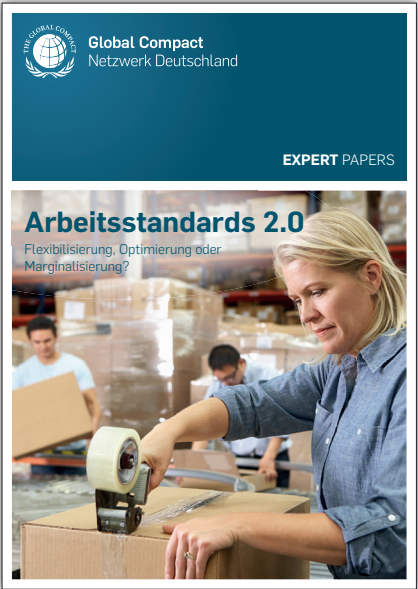
19,7 % der Bevölkerung Deutschlands von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht
Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes, 08.11.2017
<http://bit.ly/2yI1gSu>

WSI Verteilungsmonitor, Hrsg. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung
<http://bit.ly/2Df1eis>

Mehr Wachstum, weniger Ungleichheit und weniger Schulden: Öffentliche Investitionen lohnen sich, Studie BertelsmannStiftung, November 2017.
<http://bit.ly/2HkIKzs>

Tackling Inequality, Hrsg. IMF Fiscal Monitor, October 2017
<http://bit.ly/2ypO2sX>

Expert Papers Serie



Sustainable Development Goals



Ziel 1

Armut in jeder Form und überall beenden.



Ziel 2

Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern.



Ziel 3

Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern.



Ziel 4

Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern.



Ziel 5

Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen erreichen.



Ziel 6

Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten.



Ziel 7

Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und zeitgemäßer Energie für alle sichern.



Ziel 8

Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern.



Ziel 9

Eine belastbare Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen.



Ziel 10

Ungleichheit innerhalb von und zwischen Staaten verringern.



Ziel 11

Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen.



Ziel 12

Für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sorgen.



Ziel 13

Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen.



Ziel 14

Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen.



Ziel 15

Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodenverschlechterung stoppen und umkehren und den Biodiversitätsverlust stoppen.



Ziel 16

Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen.



Ziel 17

Umsetzungsmittel stärken und die globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung wiederbeleben.